



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 1. bis 7. Januar)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 1. bis 7. Januar)

Wahlparolen

Wahlparole der Regierung — Heydebrands Stichwahlparole — Radikalisierung — Schaden für Landwirte — Schwerindustrie und Hansabund

Noch kurz vor Loresschluß hat die Regierung durch Vermittlung der Norddeutschen Allg. Zeitung eine Art Wahlparole in den Wahlkampf geworfen. In mehreren seit Weihnachten erschienenen Artikeln und Rückblicken des halbamtlichen Blattes wird immer wieder auf die sozialdemokratische Partei als auf den gemeinsamen Gegner sämtlicher bürgerlichen Parteien hingewiesen und gleichzeitig immer offener angedeutet, daß dem neuen Reichstage die Bewilligung einer mehr oder minder großen Heeresvorlage bevorstehe. Heute nun drückt sich das Blatt noch offener aus und schiebt die Heeresforderungen noch mehr in den Vordergrund, indem es die Patrioten aufruft, eine solche Zusammenfassung des Reichstages zu schaffen, die es gewährleisten würde, daß die Heeresforderungen bewilligt werden.

In der Sache wird man der Regierung nur zustimmen können: Heeres- und Flottenausbau tun uns not im Hinblick auf die weltpolitische Lage und auf die daraus folgende Notwendigkeit, gegen allerhand Überraschungen gerüstet zu sein. Darüber kann es zwei Meinungen nicht geben. Eine andere Frage ist, ob das Hervortreten der Regierung in dieser späten Stunde noch einen Zweck haben kann. Gewiß, sie gemahnt die Wähler, daß es neben den Einzel-sorgen auch gemeinsame gibt, aber sie zwingt niemanden, auf das Ganze zu blicken, sie reizt niemanden mit fort. Dazu kommt die Wahlparole zu spät und dazu ist sie viel zu vorsichtig abgefaßt. Im gegenwärtigen Stadium des Wahlkampfes aber ziehen nur noch große, sensationelle Mittel. Die sogenannte Regierungsparole schiebt die negative Seite in den Vordergrund und verschleiert die positive. Sie unterstreicht dasjenige, was nicht zu tun ist, und läßt im Hintergrunde, was zu tun ist. Wozu? Den führenden Politikern gibt sie keinerlei neue Gesichtspunkte und der Masse nur die Erinnerung an neue Steuern. Der großen Masse wird diese Perspektive von den Radikalen sehr deutlich gemacht werden und noch dazu in einer Form, die den guten Absichten der Regierung nur abträglich sein kann. Die Launen, die fürchten durch

Erhöhung der Steuern verlieren zu können, werden deshalb gerade Wahlenthaltung üben, oder aber solche Kandidaten wählen, von denen sie annehmen können, daß diese für eine neue Belastung bestimmter Interessentkreise nicht zu haben sein werden. Die sogenannte Wahlparole stärkt somit alle die Elemente, gegen die die Regierung mobil machen möchte, ohne dabei den Freunden der Regierung die Möglichkeit zu schaffen, identische Parolen auszugeben und für die große nationale Idee zu wirken. Dazu wäre eine klare Angabe darüber nötig gewesen, wie die Regierung sich die finanzielle Deckung der Mehrforderungen denkt.

Die Regierung hat denn auch weder den Konservativen noch den Liberalen mit ihren Äußerungen eine Freude bereitet. Sie hat bei den Agrariern das Mißtrauen erzeugt, als sollten neue Besitzsteuern kommen, während die sonstigen Gewerbetreibenden fürchten, eine konservative Mehrheit werde erneut Belastungen von Handel und Verkehr vornehmen. Die ideellen und ethischen Momente aber verschwinden zwischen den beiden materiellen Fragen vollständig, und so dürfte die Parole eher eine Radikalisierung als eine Beruhigung zur Folge haben.

Neben der Regierungsparole beansprucht die Stichwahlparole des konservativen Führers, Herrn v. Heydebrand und der Lasa, die größte Beachtung. Auch sie zielt auf Radikalisierung. Die konservative Partei solle nur denjenigen Kandidaten anderer Parteien Wahlhilfe leisten, die sich verpflichten, für einen lückenlosen Zolltarif einzutreten. Da aber den Bündlern der bestehende Zolltarif nicht als lückenlos gilt, da sie infolgedessen eine Erhöhung gewisser Zölle fordern, so kann schlechterdings weder ein liberaler, noch ein konservativer Kandidat, der nicht Mitglied des Bundes der Landwirte ist, für die Heydebrandsche Parole eintreten. Es hat infolgedessen nicht erstaunt, daß sowohl die Nationalliberalen wie die Freikonservativen die Heydebrandsche Parole zurückgewiesen haben. (Auch die Hamburger Nachrichten haben dagegen protestiert.)

Eine glückliche Idee Heydebrands war also die Parole nicht. Auch vom rein politischen Gesichtspunkte aus nicht! Denn das, was die Agrarier oder was viele Konservative mit heißem Bemühen seit Monaten betrieben, nämlich die Trennung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller vom Hanfabund, ist damit stark gefährdet worden.

Wir möchten an die Rede erinnern, die der frühere Generalsekretär Bueck am 6. Dezember 1910 gehalten hat und die wir f. Zt. in den Grenzboten näher gewürdigt hatten. Bueck führte aus:

„Es sei nicht wegzuleugnen, daß die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter ihren Grund in den zum Teil übertrieben hohen Zöllen auf Nahrungsmittel habe. Das habe zu einer fortgesetzten Steigerung der Löhne geführt; nunmehr aber sei die Industrie in dieser Beziehung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. In maßgebenden industriellen Kreisen sei daher ernstlich erwogen worden, bei der konservativen Partei auf Herabsetzung der Lebensmittelzölle hinzuwirken, wozu die Vorbereitungen zum neuen im Jahre 1917 festzustellenden Zolltarif Gelegenheit böten, und das um so mehr, als sich die Landwirtschaft in unbedingt günstiger Lage befinde. Es könne auch keinem Zweifel unterliegen, daß die ganze,

gegenwärtig so überaus unbefriedigende politische Situation sich mit einem Schlage günstiger gestalten würde, wenn die Vertreter der Landwirtschaft jetzt aus eigener Initiative mit Zugeständnissen in dieser Richtung hervortreten wollten. Leider habe der Abgeordnete Dr. Sahn, einer der einflussreichsten Führer des Bundes der Landwirte, im Reichstag jede Hoffnung auf Entgegenkommen vernichtet, indem er sogar eine Erhöhung der Ergänzung der landwirtschaftlichen Zölle für unbedingt notwendig erklärte. Dr. Sahn habe auch für jeden, der zu hören bzw. zu lesen verstehe, unumwunden zu verstehen gegeben, daß wenn die Erhöhung und Ergänzung nicht erfolgen sollte, sich der Bund der Landwirte ebenso wie 1902 mit äußerster Feindseligkeit gegen die Industriezölle auflehnen würde."

Wir wiesen schon damals darauf hin, daß ein Zusammengehen der schweren Industrie mit dem Bunde der Landwirte unmöglich sein werde, wenn der Landbund fortfährt, einer Verteuerung der Lebensmittel das Wort zu reden. Die Schwerindustrie wie überhaupt jede für den Export arbeitende Industrie hat unter den Teuerungsverhältnissen schwerer zu leiden als der Großgrundbesitz. Sie bedingen eine außerordentliche Erhöhung der Arbeiterlöhne, unter der die Landwirtschaft nicht ganz in demselben Maße zu leiden hat, da sie durch Naturalleistungen einen Ausgleich schaffen kann.

Natürlich haben diejenigen Gewerbetreibenden, die von der erneuten Verteuerung der Lebensmittelbedürfnisse am meisten betroffen werden sollen, auch am stärksten dagegen Protest erhoben, und es sind damit auch alte freihändlerische Ideen an die Oberfläche gekommen, für die die wirtschaftliche Praxis des Reiches eigentlich kaum noch einen Boden haben sollte. Man wird sie indessen hauptsächlich als Gegengewicht gegen die Übertreibungen der Hochschutzzöllner aufzufassen haben und braucht ihnen vorläufig eine weitergehende Bedeutung nicht beizumessen. Wichtiger und den Hochschutzzöllnern auch unangenehmer sind aber jene Bestrebungen, die mit praktischen Mitteln einen praktischen Ausgleich suchen. Das sind jene Kreise, die der Hansabund bei sich vereint. Darum richtet sich auch die Hauptabwehr der Landbündler nicht gegen die freihändlerischen Utopisten, sondern gegen diesen Hansabund, dessen Wirksamkeit man aber um so eher unschädlich zu machen hofft, je mehr man ihm das Eintreten für Abschaffung der Zölle unterschiebt. In Wirklichkeit liegt die Sache aber doch etwas anders. Selbst der freihändlerischen Tendenzen stark verdächtige Freisinn hat sich längst auf den Boden der Praxis gestellt, und Dr. Bachnick konnte am 26. Oktober 1911 im Reichstage erklären, „dem Handelsvertrage haben wir zugestimmt und werden unter ähnlicher Voraussetzung auch künftig unsere Zustimmung erteilen“. Auch Geheimrat Nießer hat bald darauf ausdrücklich festgestellt, daß der Hansabund für jeden Schutz der Landwirtschaft eintreten werde, der sich nur irgendwie mit dem Interesse von Industrie, Gewerbe und Handel verträgt, der den Abschluß von Handelsverträgen zuläßt. Bei ähnlichen Verhältnissen, wie sie im Jahre 1902 herrschten, würde auch ähnlichen Handelsverträgen zugestimmt werden, und Fehler, wie sie die Caprivischen Handelsverträge ohne Frage enthielten, sollten nicht von neuem begangen werden. Hieraus spricht meines Erachtens in erster Linie das gesunde Bestreben, den

inneren Markt gesund zu erhalten, nicht aber die Landwirtschaft zu bekämpfen. Da es aber klar ist, daß in einem Lande, in dem etwa 27 Prozent der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Gewerbe seinen Hauptverdienst findet, die Landwirtschaft kaufkräftig erhalten werden muß, damit Handel und Industrie bestehen können, dürfte auch der Hansabund kaum die Hand zur wirtschaftlichen Schwächung der Landwirte bieten. Kaufkräftig können sie aber nur sein, wenn das Gros der Landwirtschaft mit den Erzeugern auf dem Weltmarkt konkurrieren kann.

G. Cl.

„Marokko vor Gericht“

Notwendigkeit der Klage — Das Gerichtsurteil (§ 193) — Die Taktik meiner Gegner — Die Behauptungen der Täglichen Rundschau — Der Charakter der Grenzboten — Der Zeuge meiner Gegner — Dr. Luffts Dementi — Das Gebahren der Postredaktion — Mein Stimmungsbild vom 20. August 1911 — Das Stenogramm als Zeuge

Unter der Spitzmarke „Marokko vor Gericht“ wird in der Presse über eine Schöffengerichtsverhandlung berichtet, die am 3. Januar in Berlin meine Privatbeleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur der Post, Herrn Müller, zum Gegenstand hatte.

Ich hatte mich seinerzeit nur ungern zur Klage entschlossen, mußte sie aber erheben, da die in Frage kommenden Blätter: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Tägliche Rundschau und Post eine Haltung gegen mich annahmen, die geeignet schien, meine Stellung sowohl gesellschaftlich wie als Herausgeber einer der angesehensten Zeitschriften zu untergraben, wenn nicht zu vernichten. Die Gegner haben mir Charakterlosigkeit, Leichtfertigkeit und noch manches andere vorgeworfen, was so etwa das schlimmste ist, das einem an verantwortlicher Stelle stehenden Publizisten nachgesagt werden kann. Die Blätter haben, auch während das Verfahren schwebte, nicht aufgehört, mich zu schmähen. So war ich denn die Klage nicht nur mir selbst, sondern auch meinen Lesern schuldig.

Die Gerichte haben bezüglich der Täglichen Rundschau und neuerdings auch der Post dahin entschieden, daß den von mir angegriffenen Blättern der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuzubilligen sei, weil aus meinen Worten „Es wird wohl demnächst an der Zeit sein, die Fäden bloßzulegen, die die genannten drei Blätter mit den Herren Mannesmann verknüpfen“ der Vorwurf der Bestechlichkeit hergeleitet werden „könnte“. Meine Versuche, darzutun, daß in einem politischen Organ doch wohl in erster Linie an politische Fäden zu denken sei, und daß meine ganze Denkweise und Auffassung vom journalistischen Beruf es ausschloß, ich hätte auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit einer materiellen Verbindung, also einer Bestechung gedacht, ist mir vereitelt worden, indem auch gegenüber der Täglichen Rundschau in die Beweisaufnahme gar nicht eingetreten wurde. Ich möchte darum an dieser Stelle ausdrücklich und wiederholt betonen, daß es mir fern lag, irgend eines der Blätter der Bestechlichkeit zu zeihen, und daß auch solches aus dem

Grenzboten I 1912

12

Zusammenhang meiner Artikel während der Marokkokrise nicht gefolgert werden kann.

Die Taktik der angegriffenen Blätter richtete sich indessen darauf, dasjenige, was ich wirklich behauptet hatte, daß sie nämlich die öffentliche Meinung irreführten, in den Hintergrund zu drängen, um so einer öffentlichen Erörterung darüber zu entgehen. Sollte der Verlauf des Prozesses in Essen mir die Gelegenheit geben, in dieser Beziehung nachzuholen, was bisher aus von mir unabhängigen, prozessualen Gründen unterbleiben mußte, so werde ich mit den nötigen Beweisen nicht zurückhalten. Keines der beiden Blätter hat auch nur den Versuch gemacht, meinem Vorwurf sachlich näher zu treten. Beide beschränkten sich darauf, auch während des gerichtlichen Verfahrens, mich und meine Zeitschrift schädigende Schimpfereien zu veröffentlichen, und statt die ihnen gemachten Vorwürfe zu entkräften, zogen sie sich, ohne die geringste Rücksicht auf die internationalen, das Ansehen unserer Regierung im Auslande schädigenden Konsequenzen zu nehmen, auf das politische Gebiet zurück. Sie bemühen sich, mit allen Mitteln aus der Angelegenheit eine politische Sensation zu machen und zwar auf Kosten der Regierung, der sie gern ihre eigenen Wünsche, wie die Besetzung Marokkos, als Absicht unterschieben möchten. Schon vor Weihnachten verkündeten meine Gegner, den Prozeß in erster Linie dazu benutzen zu wollen, um nichts weniger zu erreichen, als Herrn v. Kiderlen aus seinem Amte zu entfernen. Doch um ihre eigene Agitation zu bemänteln, hat die Tägliche Rundschau die Stirn, zu behaupten, ich sei es gewesen, der den Staatssekretär in das gerichtliche Verfahren hineingezerrt habe!

Die Möglichkeit, einen einfachen Beleidigungsprozeß zu einem politischen auszugestalten, ist meinen Gegnern gegeben durch die zwischen Herrn v. Kiderlen und dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes schwebenden Mißverständnisse. Die Grenzboten haben mit diesem Streit nichts zu tun. Sie sind weder das Leiborgan des Herrn v. Kiderlen, noch von diesem jemals zu irgendeiner Aktion politischer oder persönlicher Art aufgefordert worden. Die Tägliche Rundschau behauptet zwar, Herr v. Kiderlen sei durch mich über die von Herrn Rippler organisierte Journalistenversammlung unterrichtet worden; doch das ist unwahr! Ich kenne die Duellen nicht, wenigstens nicht alle, aus denen ein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sich über Vorgänge im deutschen Inlande unterrichtet. Das aber kann ich behaupten, daß Herr v. Kiderlen über jene Versammlung bereits orientiert war, als ich im Spätherbst das erste Mal Gelegenheit hatte, mit ihm darüber zu sprechen. Somit steht wohl auch fest, daß Herr v. Kiderlen Gelegenheit hatte, die entsprechenden Angaben der Grenzboten aus amtlichem Material nachzuprüfen, ehe er in der Reichstagskommission auf den Artikel der Grenzboten hinwies. Weiter wird behauptet, mein Artikel in Heft 36 habe vor seinem Erscheinen Herrn v. Kiderlen zur Begutachtung vorgelegen oder sei gar von ihm inspiriert worden. Auch hierzu kann ich versichern, daß diese Behauptungen von A bis Z unwahr sind. Die

Grenzboten sind ein von der Regierung wie von den Parteien oder Verbänden unabhängiges Organ. Sie vertreten eine nationale Politik, die sich stützt auf die besten Informationen, die wir uns zugänglich zu machen in der Lage sind. Diese gewissenhafteste Benutzung aller Quellen hat die Grenzboten ebenso wie die meisten ernsthaften Blätter, die sonst auch die größten Aufwendungen geistiger und materieller Natur machen, um die auswärtige Politik allseitig beurteilen zu können, im allgemeinen auf die Seite des Herrn v. Riberlen gebracht, auch wenn sie sich genötigt sahen, in Einzelfragen an der Tätigkeit des Staatssekretärs Kritik zu üben. Meinen Gegnern ist diese Haltung der ernsthaften Presse bei ihren Kriegstreiberereien natürlich unangenehm gewesen, und da wurden wir alle in Bausch und Bogen den Lesern als „offiziös“ und damit als unselbständig im Urteil verdächtigt.

Dementisprechend ist auch das Auftreten der Gegenpartei bei meinem Prozeß gegen die Post und ihre Berichterstattung über den Prozeß ausgefallen. Der gegnerische Rechtsbeistand gab sich nicht die geringste Mühe, meine Behauptung bezüglich der Beeinflussung durch die Mannesmann zu widerlegen, glitt vielmehr graziös daran vorbei und ging direkt auf den Streit des Herrn Claß mit dem Leiter der auswärtigen Politik ein, indem er die durch den Staatssekretär längst widerlegten Behauptungen des Herrn Claß unter Beweis stellte. Natürlich ließ sich der Richter nicht darauf ein, da diese Angabe mit meinem Privatbeleidigungsprozeß nichts zu tun hatte. Aber die Strafe folgte auf dem Fuße: der von Rechtsanwalt Bredereck hierfür als Zeuge benannte Redakteur der Post, Herr Dr. Lufft, setzte den Behauptungen meiner Gegner in der Norddeutschen Allgemeinen ein glattes Dementi entgegen!

Sehr zutreffend schreiben die Hamburger Nachrichten hierzu:

„Wir müssen es dahingestellt sein lassen, ob die Behauptungen der Gegner des Staatssekretärs überhaupt zutreffen oder auf Mißverständnissen beruhen. Selbst ein so marokkofreundliches Blatt wie der Hannoversche Courier muß einräumen, daß ihm von den amtlichen Stellen immer erklärt worden sei: ‚Wir denken an keine Festsetzung im Susgebiet, und es wäre nützlich, wenn vor übertriebenen Vorstellungen nach dieser Richtung gewarnt würde.‘ Wie dem aber auch sei, wir müssen im vaterländischen Interesse Einspruch dagegen erheben, daß die seinerzeit im deutschen Auswärtigen Amte an die Pressevertreter erteilten Auskünfte nachträglich zum Gegenstand von Rekrinationen und Gerichtsverhandlungen gemacht werden. Wem soll damit gedient werden? Wenn das Auswärtige Amt seinen Zweck erreichen wollte, blieb ihm kaum etwas anderes übrig als so zu verfahren, wie es tatsächlich geschehen ist. Vielleicht hat es dabei den Fehler begangen, den Patriotismus der betreffenden Herren höher einzuschätzen als ihre persönliche Eitelkeit, oder sagen wir lieber: ihre Empfindlichkeit.“

Von der Post und der Täglichen Rundschau in der diesen Blättern eigenen Tonart zurückgewiesen, ergreift Herr Lufft noch einmal in der Deutschen Tageszeitung das Wort und erklärt:

„Es handelt sich um ein oder zwei ganz kurze Telefongespräche am Abend des 30. Juni. Herr Legationsrat Heilborn sagte mir, ich möchte vor allem auf den Wert Agadirs und seines Hinterlandes für landwirtschaftliche Siedelungen, als Absatzgebiet für unsere Industrie und als Bergwerksgebiet hinweisen. Auf meine Anfrage, ob für den von Herrn Dr. Pöhl bereits

vorher, aus mir unbekanntem Quellen vorbereiteten Artikel über die Kreuzerfahrt nach Agadir der Titel ‚Die Besetzung Agadirs‘ nicht zu weitgehend sei, wurde mir der abschwächende Titel ‚Die Landung in Agadir‘ genannt.

Herr Legationsrat Heilborn sagte mir ferner, wir möchten uns nicht unbedingt festlegen. Ich faßte diese Äußerung nicht nur als eine selbstverständliche formale Sicherungsmaßnahme auf, sondern sah darin eine Bestätigung meiner Ansicht, daß die Agadirfrage nicht eine nebensächliche koloniale Frage, sondern die Aufrollung der europäischen Frage sei; und dies alles und nichts anderes wurde von mir dem mir unterstellten Redakteur Herrn Müller und dem Herrn Dr. Pohl gesagt. Für Entwicklung politischer Programme war in dem kurzen, ganz sachlichen Telefongespräch überhaupt kein Raum. Etwas ganz anderes ist natürlich die Frage, wie ich die Entsendung des „Panther“ nach Agadir aufgefaßt habe. Daraus — aber nicht aus dem Telefongespräch mit Herrn Legationsrat Heilborn — hatte ich (!) die Überzeugung gewonnen, daß man bei uns weniger zur Besetzung Westmarokkos als zum Kriege entschlossen war. Diese Überzeugung hatte mit den wenigen kurzen sachlichen Bemerkungen des Herrn Legationsrats Heilborn gar nichts zu tun und wurde auch — ich pflege mich nicht undeutlich auszudrücken, von meiner Seite niemals mit ihnen vermengt. . . .“

Die Erklärungen des Herrn Lufft werfen ein so grelles Licht auf das Gebaren der Post-Redaktion während der Marokkokrise, daß schon dieser eine Fall genügen sollte, um von einer Zurechnung der öffentlichen Meinung sprechen zu dürfen. Sie zeigen so recht, wie die Politik der Post entstand. Da wurden Wahres und Falsches, Fremdes und Eigenes, Phantasie, Wünsche, Hoffnungen zu einem Ragout zusammengebraut und als Meinung oder Absicht der amtlichen Stellen dem geduldigen Leser vorgelegt, andersdenkende aber, die zu Ruhe und Vorsicht gemahnten, als offiziöse Schelmen gebrandmarkt! Die durch Luffts Ausführungen geschilderte Stimmung herrschte nun nicht nur in der Post; sie herrschte während des abgelaufenen Sommers auch in bestimmten anderen Berliner Redaktionen und in gewissen politischen Kreisen. Daß die Grenzboten ein durchaus richtiges Bild von den Stimmungen hatten und auch die Gefahr erkannten, die daraus dem Lande erwachsen konnte, davon gibt Zeugnis meine eigene Niederschrift, die vierzehn Tage vor den Ausführungen in Heft 34 vom 20. August erschien, durch die ich die drei Blätter beleidigt haben soll:

„Leider wird die Tätigkeit der deutschen Diplomatie, so schrieb ich, durch die Stellungnahme der nationalen Presse in Deutschland im Marokkohandel empfindlich beeinträchtigt. Ich verkenne durchaus nicht den Wert, den besonders die in der Presse zutage getretene Einmütigkeit im Hinblick auf die innerpolitische Lage hat, aber ich möchte sie auch nicht überschätzt wissen; ich kann nicht glauben, daß sie einen günstigen Einfluß auf die deutsch-französischen Verhandlungen ausübt. In unserer Presse kommt vielfach eine Stimmungsmache beteiligter Kreise zum Ausdruck, die wahrscheinlich nicht hätte so verheerend wirken können, wenn überall die verantwortlichen Persönlichkeiten in den Redaktionen am Plage gewesen wären. Aber wie es so der Sommer mit sich bringt: die Chefs weilen in den Ferien, die saure Gurke regiert. Das beste Beispiel für die Wichtigkeit meiner Auffassung liegt in der geradezu unverständlichen Entgleisung der Post, die deren Herausgeber gern ungeschehen machen würde. Solche an Gewissenlosigkeit streifende Fehler sind seitens der deutschen Presse zu Dutzenden begangen worden, und der Ragenjammer wird wahrscheinlich nicht ausbleiben, auch bei den Lesern nicht, die sich dem Taumel der Presse widerstandslos hingegeben haben.“

Zur weiteren Kennzeichnung möchte ich heute nur noch einen Fall erwähnen, der geradezu wie ein Kuriosum wirkt. Ein sehr bekannter Politiker — kein Journalist — war im Juni bei Herrn von Ribbelen und verbreitete im Anschluß an seine Unterredung, die Regierung sei fest entschlossen, sich in Marokko festzusetzen und zwar selbst auf die Gefahr eines Krieges hin. Bei seinen Angaben stützte der betreffende Herr sich auf ein Stenogramm, das er gleich nach der Unterredung niedergeschrieben habe. Als dann die Differenzen zwischen Alideutschen und Regierung ausgebrochen waren und unheilvoll zu wirken begannen, da wurde der Herr von seinen Freunden aufgefordert, das Stenogramm vorzulesen. Was stellte sich heraus? Das Stenogramm war gerade im entgegengesetzten Sinne von dem aufzufassen, was der Herr als „Absicht des Staatssekretärs“ verbreitet hatte! Der Herr hatte, da er in den kritischen Tagen mit vielen Personen gesprochen, die Angaben des Staatssekretärs mit denen einer anderen Persönlichkeit verwechselt und darüber vergessen, was er selbst niederschrieb! Das war nun nicht etwa ein junger Hilfsredakteur, sondern ein viel beachteter und einflussreicher Politiker, dessen Wort etwas gilt. Wer weiß, wie in den Monaten vor Abschluß des Marokko-Vertrages Politiker und Redaktionen von allerhand Menschen bestürmt wurden und welche Nachrichtenfabrikation stattfand, der wird vielleicht verstehen, daß solche Vermengungen möglich sind. Der Psychologe fände jedenfalls ein Material zu einem Aufsatze über Massenpsychose, wie es sonst nicht so leicht zusammengebracht wird.

Hiermit möchte ich es für heute genug sein lassen, da ich mich am 19. dieses Monats vor dem Schöffengericht zu Essen wegen „Beleidigung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu verantworten habe. Mit Rücksicht auf die Aufforderung der Deutschen Tageszeitung, den Streit aus patriotischen Gründen zu schließen, sei nur noch bemerkt, daß es im gegenwärtigen Stadium des Prozesses nicht in meiner Macht liegt, entsprechende Schritte zu unternehmen. Bisher haben ausschließlich meine Gegner das politische Motiv in die Verhandlung gebracht, nicht ich.

G. Cleinow

Wiener Brief

Das Budgetprovisorium — Graf Aehrenthal und der Kriegsminister — Friedensliebe des Thronfolgers — Osterreich während der Marokkokrise — Aehrenthal und von Tschirschky

Wir stehen bei Beginn des neuen Jahres im Zeichen der Provisorien; in Osterreich ist ein Budgetprovisorium angenommen worden, in Ungarn, und schließlich für die gemeinsamen Angelegenheiten ein viermonatliches noch knapp vor Jahreschluß durch die Delegationen. Man ist beinahe schon stolz darauf, daß man hüben, drüben und in der gemeinsamen Wirtschaft wenigstens auf Grund parlamentarischer Ermächtigungen wirtschaftet und nicht im „ex-lex“ oder mit dem § 14. Man muß nun freilich schon recht bescheiden sein, um sich darüber zu freuen; unter Umständen ist ja ein Provisorium kein Unglück, wenn es eine Episode in einer sonst geordneten Wirtschaft bedeutet; wenn es aber

zur Regel wird, dann steigert sich das Übel, je länger es dauert. Und es ist überdies wiederum ein Symptom provisorischer Zustände auf Gebieten des Staatslebens, die noch weit größere Bedeutung haben, als das Budget und was damit unmittelbar zusammenhängt.

Das hat die kurze Borseffion der Delegationen so recht deutlich gezeigt; der Minister des Äußeren, Graf Aehrenthal, und der Kriegsminister, von Aussenberg, halten Exposés, die selbst wenn man die Verschiedenheit der Klangfarbe, mit der ein Diplomat und ein Soldat kraft ihres Berufes sprechen, in Rechnung zieht, doch zueinander passen, wie die Faust aufs Auge. Das merkwürdigste dabei ist, daß Graf Aehrenthal das Exposé des Kriegsministers vorher gekannt und mindestens keine Einwendungen dagegen erhoben hat — vermutlich in der Annahme, der Kriegsminister werde sich dadurch in seiner Stellung mindestens nicht befestigen. Nun lasse man einmal die Ereignisse der letzten neun Monate Revue passieren. Im vergangenen Frühjahr zogen der Minister des Äußeren und der verfloffene Kriegsminister Schönauich so ziemlich am selben Strange; der Chef des Generalstabs, Conrad von Hötzendorf war der beiden Antagonist und hatte den Thronfolger zum mächtigen und manchmal doch recht ohnmächtigen Protektor. Im Sommer fällt Schönauich und nach langem Schwanken wird er durch den Kandidaten des Thronfolgers und Freund und Gesinnungsgenossen Conrads, General von Aussenberg, ersetzt. Aehrenthal hat sich für Schönauich eingesetzt, der Sturz Schönauichs bedeutet für ihn eine Niederlage, man nimmt allgemein an, daß nun bald die Reihe an ihn kommen werde. Auf einmal wendet sich das Blatt, und nicht Aehrenthal ist das nächste Opfer, sondern Conrad, der doch eben erst durch den neuen Kriegsminister Verstärkung erhalten hatte; der Zwiespalt der Richtungen bleibt aber bestehen und wird nun, wo es wirklich nichts mehr zu verheimlichen gibt, durch die Exposés in den Delegationen gewissermaßen protokollarisch festgelegt. Kein Geheimnis ferner, daß während der kurzen Borseffion der Delegation einflußreiche Kreise nicht erfolglos an der Arbeit waren, dem Grafen Aehrenthal mindestens in der österreichischen Delegation eine ablehnende Aufnahme zu bereiten, was natürlich in der ungarischen ein Grund mehr für ein Vertrauensvotum war.

Nun ist es recht schwer, den Gegensatz der beiden Richtungen auf eine kurze sachliche Formel zu bringen. Daß auch die Partei Conrad Aussenberg mit ihrem hohen Protektor den Krieg mit Italien nicht will, kann man nach der Rede des Kriegsministers, der die Schwächen der österreichischen Armee so offen aufdeckte, doch kaum mehr bezweifeln; andererseits kann man wiederum nicht annehmen, daß es in Oesterreich einen Minister des Äußeren geben kann, der sich etwa dafür verbürgt, daß Italien unter allen Umständen dem Dreibund treu bleiben werde und jede Bereitschaft militärischer Art dem Bundesgenossen gegenüber Bergeudung sei. Die Gegensätze drehen sich also mehr um die Formen und Einkleidungen und sind überdies sowohl im Ver-

hältnis des Thronfolgers zu Aehrenthal wie andererseits Aehrenthals zu Conrad teilweise persönlicher Natur. Und vielleicht gerade deshalb ist an ihren Ausgleich gar nicht zu denken. In Cis und Trans soll es jetzt aber an die Beratung der Wehrvorlagen gehen; wie dringend mindestens eine Erhöhung des Rekrutenkontingents ist, hat der Kriegsminister ja deutlich genug gesagt. Und gerade nach dieser Rede ist die Tat doppelt nötig, denn sonst wirkt sie ja geradezu wie eine Einladung an die Gegner, den wehrlosen Staat zu überfallen. Ob in Ungarn je die Möglichkeit bestand, die Wehrvorlagen parlamentarisch zu erledigen, mag billig bezweifelt werden; das eine ist aber sicher, daß die Gegnerschaft gegen den jetzigen Kriegsminister, in dem man gleichzeitig den Thronfolger zu treffen hofft, der Opposition den willkommenen Vorwand gibt, ihre Angriffe zu verstärken und daß andererseits die Regierungspartei bei dem latenten Gegensatz, der zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Khuen und dem Kriegsminister besteht, in ihrem Eifer, sich für die Wehrvorlagen in die Bresche zu stellen, nicht bestärkt wird. Ungarische Blätter behaupten daher, daß schon die Haupttagung der Delegationen im März den Kriegsminister nicht mehr auf seinem Posten sehen werde. Hier ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens; der Kriegsminister war nach der Delegationstagung beim Kaiser, hat ihm offen gesagt, daß er nicht die Gabe habe, zu diplomatisieren und es auch in Zukunft für seine Pflicht halten werde, über den Stand der Armee die Wahrheit zu sagen; der Kaiser hat ihn daraufhin seines vollen Vertrauens versichert. So geht denn das Provisorium weiter, beide Richtungen arbeiten im gemeinsamen Ministerium neben- und gegeneinander, und so wie die Dinge heute stehen, ist die Wahrscheinlichkeit, daß Graf Aehrenthal zuerst das Feld räumen wird, größer, als ein Scheiden des Kriegsministers.

In diesen Streit ist in gewisser Art auch das Deutsche Reich einbezogen worden; ein großer Teil der reichsdeutschen Presse hat sich über die laue Haltung Österreichs während der Marokkokrise beklagt, und da man weiß, daß gerade auch der Thronfolger an diesem Verhalten Anstoß nahm, so trifft der Vorwurf direkt den Grafen Aehrenthal. Die Haltung des Thronfolgers einerseits, der reichsdeutschen Presse andererseits hat wieder ihre Rückwirkungen auf die Delegierten. Daß der Sprecher der Christlich-Sozialen, Baron Fuchs, lediglich den Impulsen seines Herzens gefolgt ist, als er eine Vertrauenserklärung für den Grafen Aehrenthal ablehnte, ist ganz ausgeschlossen; der Redner des Nationalverbandes, Lecher, behandelte zwar den Grafen Aehrenthal ziemlich freundlich und ließ nur sanften Tadel wegen seiner kühlen Haltung zum Deutschen Reich durchklingen, aber durchaus nicht alle Klubgenossen stehen auf diesem Standpunkt und bei der Hauptverhandlung der Delegationen wird dies auch deutlich zum Ausdruck kommen. Der Tscheche Masaryk spielte auch auf Unstimmigkeiten an, die zwischen dem Grafen Aehrenthal und dem deutschen Botschafter v. Tschirschky vorhanden sein sollen.

Es liegt nun gewiß kein Anlaß für das Deutsche Reich vor, sich in die inneren Kämpfe in Österreich-Ungarn einzumischen und etwa für die Aehrenthal- oder für die Thronfolgerpartei einzutreten. Zwei Dinge wird man aber doch im Auge behalten müssen: bei dem hohen Alter des Kaisers ist natürlich ein baldiger Thronwechsel eine menschliche Möglichkeit, mit der jedermann rechnen muß. Daß die Ministerchaft des Grafen Aehrenthal diesen Thronwechsel nicht um einen Tag überleben würde, ist ebenfalls gewiß. Beim Thronfolger bestehen aber die besten Gesinnungen in bezug auf das Bündnis und er hegt sehr freundschaftliche Gefühle für den deutschen Kaiser; es ist zweifellos ein hohes Verdienst unseres Kaisers, ein so freundschaftliches Verhältnis zum künftigen Träger der Habsburgerkrone geschaffen zu haben. Es wäre also jedenfalls durchaus verfehlt, wenn die deutsche amtliche Politik, aber auch die öffentliche Meinung, sich irgendwie für das Verbleiben Aehrenthals einsetzen oder ihn für eine Gewähr der Bundestreue ansprechen würde; in der Tat kommt man ja kaum in diese Versuchung. Das Zweite ist: wir haben das größte Interesse daran, daß die Wehrreform oder mindestens die Verstärkung des Rekrutenkontingents in Österreich möglichst rasch durchgeführt wird und wir einen wirklich wehrhaften Bundesgenossen besitzen. Gelingt es dem Grafen Aehrenthal und seinen Mitarbeitern (dem österreichischen und dem ungarischen Ministerpräsidenten) die Wehrvorlagen durchzubringen, — gut; wenn nicht, so wird man sich im Reiche jedenfalls nicht verfassungsmäßige Skrupel machen, wenn mindestens die Rekrutenerhöhung auf irgend eine — sei es auch außerparlamentarische Weise durchgeführt wird, und dann wird der der beste Freund des Deutschen Reichs und des Bündnisses sein, der den maßgebenden Stellen bei diesem Vorgehen den Rücken stärkt.

— i —

Bank und Geld

Die Ausichten und Hoffnungen am Jahresanfang — Die politische Lage — Die Börsenhautse am Jahresende — Der Geldmarkt — Die Reichsbank am Jahresende — Die Syndikatserneuerung — Fiskus und Kohlsyndikat — Deutsche und Bergisch-Märkische Bank — Aktienagio und stille Reserven

Das neue Jahr hat sich recht vielversprechend angelassen. Nach der Entwicklung, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres genommen hatten, hält man sich für berechtigt, große Erwartungen auf die weitere Gestaltung der Dinge zu setzen. Der Glaube an einen raschen Aufstieg zu einer wahren Hochkonjunktur ist jetzt nach Beilegung der politischen Differenzen allgemein. Das Verhältnis Deutschlands zu England betrachtet man zwar als unbefriedigend und als eine mögliche Quelle neuer Gefahren, man tröstet sich aber mit dem Gedanken, daß vorläufig ein Anlaß zu Besürchtungen nicht besteht, sondern jenseits des Kanals die Einsicht obsteigen könnte, daß das wirtschaftliche Interesse Englands ein freundschaftliches Verhältnis zu dem deutschen Vetter erfordere. Diesen Standpunkt hat der

Economist, das einflussreichste und angesehenste englische Finanzblatt, schon während der Marokkokrise mit Nachdruck vertreten, ohne mit dieser Überzeugung durchdringen zu können; es scheint nunmehr aber mit besserem Erfolg die Lehre zu predigen, daß für zwei so gleichmäßig starke wirtschaftliche Konkurrenten es vom Standpunkt der geschäftlichen Logik besser ist, sich in das Geschäft zu teilen, als einen gegenseitigen Vernichtungskampf zu führen. Man kann nicht wissen, ob dieses kaufmännische Prinzip, so richtig es ist und so konsequent es sonst gerade von den Engländern in geschäftlichen Dingen befolgt wird, nun auf die Dauer den Regulator der Beziehungen zwischen beiden Ländern abgeben wird. Garantien für die Zukunft kann es in wirtschaftlichen Dingen ebensowenig wie in politischen geben. Der Kaufmann bedarf ihrer auch nicht. Er trifft keine Dispositionen auf lange Hand; ihm genügt es, die nächste Zukunft überschauen und in sein Kalkül einschließen zu können. Mit dieser Einschränkung kann die augenblickliche internationale Situation als zufriedenstellend bezeichnet werden. Dies um so mehr, als gerade jetzt zu gelegener Zeit die Friedensschalmeien ertönen und mit der nun wohl in Aussicht stehenden Beendigung des tripolitanischen Abenteuers sich die Pforten des Sanustempels hoffentlich auf lange schließen werden.

Der Befriedigung über die allgemeine Lage hat die Börse durch eine regelrechte Panne noch vor Jahresluß Ausdruck gegeben. Ein sehr ungewöhnliches Vorkommnis, denn in der Regel pflegen sich die Tage zwischen dem Weihnachtsfest und Neujahr durch eine große Zurückhaltung auszuzeichnen. Schon die Geldverhältnisse schieben für gewöhnlich einer spekulativen Bewegung am Jahresluß einen Riegel vor. Merkwürdigerweise war es aber diesmal gerade der Geldmarkt, der den Anstoß zu jener Bewegung gab, obwohl die Ansprüche am Jahresende alles Maß überschritten. Aber die Reichsbank hatte an dem Diskontsatz von 5 Prozent festgehalten und sich nicht zu einer Erhöhung drängen lassen, wenn schon die Lage des Geldmarktes eine solche Maßgabe zu fordern schien. War doch der Privatdiskont bis zur vollen Höhe der Bankrate gestiegen, und hatte die Sächsische Bank — auch ein sehr seltenes Ereignis! — selbständig, ohne das Vorgehen der Reichsbank abzuwarten, ihren Zinsfuß auf $5\frac{1}{2}$ Prozent erhöht. Man glaubte daher zu der Schlußfolgerung berechtigt zu sein, daß die Reichsbank selbst die Ansprüche nur als vorübergehend ansehe und jedenfalls nicht in ihnen die Folge übermäßiger Kreditwirtschaft erblicke. Daher wurde die Hoffnung auf den billigen Geldstand des neuen Jahres an der Börse schleunigst eskomptiert. Die Gestaltung der Geldverhältnisse hat dieser Auffassung auch recht gegeben. Es hat sich die Erscheinung, welche an den letzten Quartalen regelmäßig zu beobachten war, wiederholt: außerordentliche Ansprüche, ein gewaltiges Anwachsen der Anlagen der Reichsbank, insbesondere des Wechselkontos, dem entsprechend ein riesiges Anschwellen des Notenumlaufs und nach dem Überwinden des Termins ein rascher Rückfluß, insbesondere aber einer mit dem vorherigen Mangel scharf kontrastierenden Geldfülle am offenen

Markt. Die bekannte Verteuerung der Lombardkredite hat auch diesmal genau so gewirkt wie an den beiden vorangegangenen Quartalen. Die Lombardkredite sind gegen das Vorjahr stark zurückgeblieben, die Wechselanlage ist umso schärfer gestiegen, und zwar derart, daß auch die Rekordzahlen des letzten Septemberausweises noch übertroffen worden sind. Nicht weniger als 1793 Millionen betrug das Wechselportefeuille und nicht weniger als zwei und eine viertel Milliarde der Notenumlauf! Um die Bedeutung dieser Zahlen zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Ende 1907, als der Reichsbanksatz auf $7\frac{1}{2}$ Prozent stand, das Portefeuille nur 1493 Millionen, der Notenumlauf 1885 Millionen betrug. Der Metallbestand war aber damals um rund 300 Millionen kleiner, denn er hat sich jetzt auf der Höhe an eine Milliarde gehalten. Der Vergleich dieser Ziffern bringt unwiderleglich zum Bewußtsein, wie sehr unsere Volkswirtschaft in den vergangenen vier Jahren erstarbt ist. Die Reichsbank darf sich an dieser Gestaltung der Dinge ein erhebliches Verdienst beimeessen. Denn wenn es gelungen ist, unter den überaus mißlichen und bedenklichen Verhältnissen des abgelaufenen Jahres den Metallschatz zu mehren und trotz der so außerordentlich steigenden Ansprüche einen Zinsfuß von 5 Prozent festzustellen, so war dies nur möglich infolge der von der Reichsbank beobachteten Devisenpolitik, welche durch Abgeben fremdländischer Wechsel einem Steigen der Devisenkurse und einem Goldabfluß entgegenwirkte. Es wird sich nun zeigen müssen, ob es gelingt, den Bankzinsfuß wieder den Sommer über auf einem niedrigeren Niveau festzuhalten, oder ob die wachsenden Kreditansprüche der Industrie ein Steigen desselben erzwingen. Ist es richtig, daß wir jetzt an der Pforte zu einer Hochkonjunktur stehen, deren Entfaltung bisher nur durch die politischen Verhältnisse gehemmt wurde, so wird die Rückwirkung auf den Geldmarkt nicht ausbleiben können. An der Stärke und Schnelligkeit dieser Reaktion wird man abmessen können, wann die wirtschaftliche Entwicklung anfängt, gesunde Bahnen zu verlassen. Der Geldmarkt hat sich noch stets als ein untrüglicher Manometer erwiesen. Einstweilen aber liegen noch keinerlei beängstigende Anzeichen vor. Im Gegenteil, trotz der auf das äußerste Maß getriebenen industriellen Anspannung herrscht augenblicklich, wie zuvor erwähnt, jene Geldfülle des Quartalbeginns, welche den Anschein erweckt, als stände das Kapital in unerschöpflichen Mengen den Ansprüchen der Industrie zu Gebote. Wir wissen, daß dies nicht der Fall ist; aber eine Täuschung der Kreditnehmer über die Grenze des Erreichbaren könnte durch die scheinbare Fülle des Geldmarktes leicht herbeigeführt werden.

Für die schwere Industrie soll das kommende Jahr endlich die Entscheidung über die Erneuerung der großen Verbände bringen. So schwierig die Verständigung sein mag, sie wird kommen. Schon hat sich der Fiskus mit dem Kohlsyndikat über seinen Beitritt geeinigt, und mit dem Anschluß der gewichtigen staatlichen Interessen erhält das Syndikat ein ganz anderes Schwergewicht und eine andere Basis. Die wirtschaftlichen Gegner der Kar-

tellierung bekämpfen den Beitritt des Staates zu einer auf die Steigerung der Preise gerichteten Koalition. Indessen wird umgekehrt durch die Zugehörigkeit des Staates besser als durch den Erlaß eines Prohibitivgesetzes Gewähr dafür geleistet, daß die Rücksicht auf das Gemeinwohl bei der Preispolitik des Syndikats nicht außer Augen gelassen wird. Für das Syndikat selbst ist schon der bloße Beitritt des Fiskus zweifelsohne ein bedeutungsvoller Anteil. Das Kaligesez lehrt, welche Mittel schließlich dem Staate zur Verfügung stehen, um widerstrebende wirtschaftliche Interessen, an denen er selbst hervorragend beteiligt ist, auf einer durch das Staats- und Gemeinwohl bedingten Basis zu vereinigen. Freilich ist das Kaligesez, als ein erster Versuch auf diesem Gebiete, nicht durchweg glücklich geraten. Man darf aber aus den bei diesem Gesetze gemachten Fehlern keinen Grund zu einer prinzipiellen Gegnerschaft herleiten. Denn diese Fehler lassen sich vermeiden; auch liegen die Verhältnisse des Kohlenbergbaus rechtlich anders, als die des Kaliberghaus. Denn bekanntlich hat der Staat sich das Monopol des Kohlenbergbaus für noch nicht verliehene Funde reserviert. Die Mißstände, welche infolge der massenhaften Gründung neuer Kaliunternehmungen entstanden sind, sind daher hier von vornherein ausgeschlossen. Im übrigen aber sind die Voraussetzungen für ein Eingreifen des Staates hier genau so gegeben: auch hier handelt es sich um die Sicherstellung und die zweckmäßige Ausbeutung nationaler Bodenschätze, die zum Vorteil der Gesamtheit verwaltet werden müssen. Dieser Forderung läuft die im Kohlenyndikat bisher befolgte Preispolitik in den oft kritisierten Punkten entgegen: denn weder die starke Belastung des inländischen Konsums durch übertriebene Preise noch die forcierte Ausfuhr zu Schleuderpreisen steht damit im Einklang. Auf der anderen Seite muß ein so außerordentlich wichtiger Zweig der vaterländischen Urproduktion, der nach der Höhe der investierten Kapitalien, der Zahl der in ihm beschäftigten Arme und der Wichtigkeit seines Erzeugnisses an erster Stelle steht, vor den Wechselfällen der internationalen Preiskonjunkturen möglichst geschützt werden. Das führt dann selbst zu dem Gedanken, Produktion und Preis unter Mitwirkung des Staates und zwar direkt im Wege des Gesetzes zu regeln. Die sozialistische Färbung solcher wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche vor vierzig Jahren männiglich entsezt hätten, schreckt heute niemand mehr. Das Eingreifen des Staates in die wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge und Erscheinungen ist uns eine geläufige und vertraute Tatsache. Ich zweifle daher nicht daran, daß sich die weitere Entwicklung der Syndikatsfrage schließlich in dieser Richtung vollziehen wird.

Die Deutsche Bank beabsichtigt anscheinend eine Kapitalserhöhung zu dem Zwecke, die Bergisch-Märkische Bank in sich aufzunehmen. Das Aktienkapital derselben befindet sich zum größten Teil bekanntlich in ihren Händen. Das Projekt ist auffällig. Es ist nicht wohl anzunehmen, daß die Deutsche Bank lediglich des Prestiges halber, um auch der Höhe des Aktienkapitals nach den ihr gebührenden ersten Rang unter den deutschen Banken wieder einzu-

nehmen, eine solche Transaktion in die Wege leiten würde. Das erschiene als kleinlicher Ehrgeiz, den das Institut anderen überlassen kann. Auch die Erfahrung der doppelten Steuerzahlung an den Staat wird kaum den Plan erklären können. Aber die stillen Reserven, welche durch die Fusion frei werden? Sie sind recht bedeutend, denn die Aktien der Bergisch-Märkischen Bank stehen bei ihr (weil seinerzeit mit dem Agio der eigenen Aktien bezahlt) unter Pari zu Buch bei einem Kurse von 150 Prozent. Bei einem Bestand von 50 bis 60 Millionen können also leicht 30 bis 40 Millionen frei werden. Warum ist aber die Mobilisierung dieser Reserven angezeigt? Man macht doch solche stillen und unkontrollierbaren Rücklagen nur flüssig, wenn man sie zu verwenden wünscht. Es müßten also außerordentliche Abschreibungsbedürfnisse bei der Deutschen selber oder der Bergisch-Märkischen Bank vorliegen, die einen solchen Wunsch aufkeimen ließen. Die Öffentlichkeit wird darüber Näheres kaum erfahren. Eine geschickte Verwendung des Aktienagios ist eines der hervorragendsten Requisiten moderner Finanzkunst.

Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Schwigstr. 1a.
Sprechsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Dresdner Bank

Aktien-Kapital . . Mk. 200 000 000
Reservefonds . . Mk. 61 000 000

DRESDEN — BERLIN — LONDON

— BREMEN BRESLAU CASSEL FRANKFURT a. M. HAMBURG —
HANNOVER LEIPZIG MANNHEIM MÜNCHEN NÜRNBERG STUTTGART

Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-Schl., Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Eschwege, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Göttingen, Greiz, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-Schl., Leer, Liegnitz, Lübeck, Meißen, Plauen i. V., Spandau, Stettin, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung; An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw.

Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen; Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen;

Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks; Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung; Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren; Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Vermögensverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, sowie alle sonstigen bankgeschäftlichen Transaktionen.

Vermietung von Stahlkammern

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.